

## Dänemark

CHRISTIAN THUNE

1994 wurde ein zentrales Problem der dänischen Europa-Politik teilweise gelöst. Seit dem Beitritt Dänemarks 1973 in die EG verband ein Großteil der Wähler seine Opposition gegen Dänemarks Mitgliedschaft über Jahre hinweg mit dem Glauben an eine alternative nordische Kooperation. Die erfolgreichen schwedischen und finnischen Referenden zerschmetterten endgültig diese Vision einer nordischen Alternative. Obwohl Norwegen immer noch ein Nicht-Mitglied ist, war es augenscheinlich, daß eine Kooperation zwischen Dänemark, Finnland und Schweden nun eine Bedingung einer gemeinsamen EU-Mitgliedschaft war.

In der dänischen Debatte über eine eventuelle nordische Erweiterung gab es in den vergangenen Jahren eine optimistische Note mit dem Glauben an einen nordischen Block in der EU, welcher harmonisch traditionell nordische politische und ökonomische Prioritäten gegenüber den anderen Mitgliedstaaten einbringen könnte.

In einer Umfrage drückten 54% der Wähler ihren Glauben aus, daß die schwedische, norwegische und finnische Mitgliedschaft die Möglichkeit einer nordischen Kooperation stärken würde, 25% glaubten, daß dies unerheblich sei und nur 15%, daß sie geschwächt würde<sup>1</sup>.

Eine realistische Haltung herrschte vor, als eine Erweiterung näher rückte. In einer Rede Ende November 1994 listete der dänische Außenminister Helveg Petersen die vorrangigen Aktivitäten Dänemarks auf, welche durch eine nordische Erweiterung unterstützt würden: Umwelt, Transparenz, Demokratie und Subsidiarität. Er fuhr dann fort, daß aufgrund dieser Bereiche gemeinsamen Interesses zwischen den nordischen Ländern einige andere EU-Staaten die Bildung eines nordischen Blocks in der Union fürchten. Diese Furcht ist jedoch ganz und gar unbegründet. Die nordischen Länder haben ebenso konträre Interessen auf einigen anderen Gebieten. In der Landwirtschaft z. B. wird Dänemark sehr wenig mit den neuen Mitgliedstaaten gemeinsam haben. In der Fischereipolitik wird Dänemark fortfahren, um die gleichen knappen Ressourcen zu wetteifern wie bisher. Dänemark und die anderen nordischen Staaten wollen Verbündete auf einer Fall-zu-Fall-Basis suchen. Das ist es, was die Union heute darstellt. Und so wird sie auch nach dem 1. Januar 1995 funktionieren<sup>2</sup>.

*Vorbereitungen für die Regierungskonferenz 1996*

1994 begannen die Vorbereitungen für die Regierungskonferenz 1996. Die sozialdemokratisch geführte Regierung setzte ein Komitee ein, mit der Aufgabe, einen Erwartungshorizont für die Konferenz 1996 zu erstellen und eine andere Kommission wurde beauftragt, eine Analyse der sicherheitspolitischen Alternativen für Dänemark zu liefern.

Im Prinzip sollte die dänische EU-Politik und ihre Wählerhaltung in einen harmonischeren Zustand umgewandelt werden, der dem positiven Ergebnis des zweiten Referendums im Mai 1993 zum Maastrichter Vertrag und dem Beitritt von Finnland und Schweden in die Union folgen sollte.

Der sogenannte nationale Kompromiß und das erfolgreiche Verhandeln über die vier Ausnahmeregelungen im Dezember 1993 in Edinburgh sicherten 1994 die Zustimmung zum zweiten Referendum. Aber die Entwicklungen während des Jahres 1994 demonstrierten ein Ausmaß, dessen Ergebnis den Handlungsspielraum für Bewegungen der dänischen Regierung einschränkte.

Notwendigerweise mußte die Regierung die Konferenz 1996 und damit die Möglichkeit eines weiteren Referendums ins Auge fassen. In diesem Zusammenhang war es wesentlich, die sozialistische Partei im nationalen Kompromiß eingebunden zu halten – und dies wiederum war nur möglich, wenn man keinen Raum für Spekulationen bezüglich einer gemäßigeren oder pragmatischeren Haltung den vier Ausnahmeregelungen gegenüber ließ: die Opposition zur gemeinsamen Unionsbürgerschaft, eine Ablehnung der dänischen Teilnahme an der dritten Stufe der WWU, einen Verzicht auf die Teilnahme an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, z. B. im WEU-Rahmen, und die Opposition gegen einen Transfer von Souveränität in den Bereichen Justiz und Inneres.

Offensichtlich war es der Plan der Sozialdemokraten, Hauptthemen wie Beschäftigung, Umwelt, Transparenz, Subsidiarität und Demokratie zu betonen, Aspekte der Kooperation, die den dänischen Wählern am Herzen liegen. Die sozialdemokratische Strategie könnte erfolgreich sein, wenn die Konferenz 1996 bedeutungsvolle Resultate auf diesem Gebiet erreichen kann, um somit Entscheidungen bezüglich kontroverser Themen den Weg zu ebnen oder diese zu überschatten.

Die sich entwickelnde Debatte in der EU läßt es nicht als wahrscheinlich erscheinen, daß Beschäftigung, Umwelt und Transparenz die zentralen Themen 1996 werden. Vielmehr konzentrierten sich die Hauptthemen, welche sich aus der Notwendigkeit ableiten, eine Lösung für eine Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa zu finden, auf genau jene Themen, die in der dänischen Debatte höchst kontrovers sind, wie zum Beispiel die Weiterentwicklung der EU-Institutionen und der Entscheidungsprozesse, der Status des Europäischen Parlaments, die WWU sowie die gemeinsame Sicherheit und Verteidigung. Mit anderen Worten: Themen, bei denen sich die Sozialdemokraten nicht ihren Wählern gegenüber festgelegt haben. So argumentieren die dänischen Wähler mit gutem

Grund angesichts des neuen Referendums, einmal mehr nicht ausreichend über die grundlegenden Themen, die auf sie zukommen, informiert worden zu sein. Vor diesem Hintergrund dürfte die Regierung den wachsenden Realismus und Pragmatismus der Wähler tatsächlich unterschätzt haben. In einer Umfrage wurden die Wähler gefragt, ob sie glauben, daß die Ausnahmeregelungen von Edinburgh aufrechterhalten werden würden. Nur 15% stimmten mit dieser Einschätzung überein, wohingegen 71% glaubten, daß eine oder mehrere in den kommenden Jahre abgeschafft würden. Aber gefragt, ob sie in einem neuen Referendum für die Abschaffung der Ausnahmeregelungen stimmen würden, sprachen sich 36% mit Ja und 42% mit Nein aus.

#### *Europäische Kooperation im Bereich der Verteidigung*

Die in der politischen Debatte 1994 am meisten politisierte Ausnahmeregelung zum Edinburgher Kompromiß war die Zurückweisung der Teilnahme an der verteidigungspolitischen Kooperation. In dem Text, der sich mit der Freistellung befaßt, nehmen die Mitgliedstaaten zur Kenntnis, „daß der Vertrag über die Europäische Union Dänemark in keiner Weise dazu verpflichtet, der WEU beizutreten“.

Die liberale Partei und die Konservativen drängten hartnäckig darauf, daß die Sozialdemokraten und die radikalen Liberalen diese Freistellung im Licht der wachsenden Bedürfnisse nach europäischen Initiativen im Bereich der Sicherheit und Verteidigung überdenken sollten, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Situation im ehemaligen Jugoslawien.

Die Sozialdemokraten wiesen dieses Anliegen jedoch zurück, obwohl sich die Entwicklung des Wählerverhaltens von einem einstmaligen skeptischen Standpunkt hin zu einem gewissen Grad der Akzeptanz bewegt hat. In einem Abschnitt der Umfragen wurden die Wähler während der darauffolgenden Jahre gefragt, ob sie gegen oder für eine dänische Mitgliedschaft in der Westeuropäischen Union (WEU) seien<sup>3</sup>. Die Debatte wurde wiederholt und verschärft, als das Regierungskomitee für Sicherheit und Abrüstung im Frühjahr 1995 einen Bericht über die dänische und europäische Sicherheit veröffentlichte, in welchem die Analyse zu einer vorsichtig formulierten Schlußfolgerung führte, wonach nun grundlegende Bedingungen für eine dänische Mitgliedschaft in der WEU identifiziert werden können. Die Position der Regierung hat sich allerdings noch nicht geändert.

#### *Die Wahlen zum Europäischen Parlament*

Der Wahlkampf für die Wahlen zum Europäischen Parlament wurde auf einem relativ harmonischen Level geführt, da keiner der Partner des nationalen Kompromisses den Konsens stören wollte. Dementsprechend wurden die Konflikte und Antagonismen der dänischen EU-Politik nur in der aggressiven Kampagne der alten Anti-Unions-Bewegung und der neuen Bewegung Juni 1992 deutlich

offenbar. Das Resultat war schließlich ein herber Rückschlag für die zwei Regierungsparteien, die Sozialdemokraten und die Zentrumsdemokraten. Die Liberalen und die Konservativen gewannen nicht zuletzt aufgrund der Wähleraufrufe des früheren Ministerpräsidenten Poul Schlüter und des früheren liberalen Außenministers Ellemann Jensen.

#### *Ergebnisse der Wahlen zum Europäischen Parlament*

	% der Stimmen	Gewinne/Verluste	Sitze
Sozialdemokraten	15,8	-7,5	3
Radikalliberale	8,5	+5,7	1
Zentrumsdemokraten	0,9	-7,1	
Konservative	17,7	+4,4	3
Liberaler	18,9	+2,3	4
Christliche Partei	1,1	-1,6	
Sozialistische Volkspartei	8,6	-0,5	1
Fortschrittspartei	2,9	-2,4	
Juni-Bewegung	15,2	+15,2	2
Anti-EU-Bewegung	10,3	-8,6	2

Eine Umfrage in allen EU-Mitgliedsländern bezüglich der Haltung zum Europäischen Parlament enthüllt, daß 37% der dänischen Wähler dachten, daß das Parlament zu viel Macht habe. Das Ergebnis stellt die dänischen Wähler in ihrer Skepsis an Nummer zwei hinter die Briten (38%) und vor die Griechen (26%).

#### *Osterweiterung*

In einer EntschlieÙung vom Februar 1995, getragen von einer großen Mehrheit im Parlament, wurde betont, daß „das Hauptziel der Regierungskonferenz 1996 sei, die Möglichkeit einer Erweiterung der EU nach Ost- und Zentraleuropa und zu den baltischen Ländern zu sichern“<sup>4</sup>. Mit dieser Entscheidung verfolgt die dänische Politik drei ureigene Interessen: die fortwährende Betonung der zwischenstaatlichen Kooperation innerhalb der EU, die Bindung Deutschlands an die Bestimmungen der EU sowie die Erweiterung derselben in Richtung Osten. Deutschland ist insoweit wichtig, als es faktisch ein Vetorecht in bezug auf die Pläne für die Reform und die Erweiterung haben könnte, während es gleichzeitig das Mitgliedsland ist, welches sich am stärksten um die Entwicklung in Ost- und Mitteleuropa engagiert hat.

Die Konferenz 1996 impliziert aus diesem Grund die Notwendigkeit einer dänischen Entscheidung zwischen den Zielen der zwischenstaatlichen Kooperation und der Vertiefung der Union auf der einen und der Erweiterung nach Osten auf der anderen Seite. Bislang war die Position der dänischen Regierung bezüglich institutioneller Veränderungen jedoch fest. Es gab ein realistisches Verständnis für die Notwendigkeit einer Reform, damit die Union auch mit 20 oder mehr Mitgliedstaaten funktionieren kann. Mit den Worten des dänischen Außenministers: „Effizienz ist nicht gleichbedeutend mit der Neuverteilung der Macht zwischen größeren und kleineren Staaten“<sup>45</sup>. Im selben Atemzug wurden Szenarien einer Union mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten, à la carte-Konstruktionen oder eines Kerneuropas umgeben von konzentrischen Kreisen zurückgewiesen.

#### *Die Parlamentswahlen im September 1994*

Im Einklang mit der dänischen Verfassung mußte eine Parlamentswahl noch vor Ende 1994 durchgeführt werden. Diese Tatsache trug viel dazu bei, die europäischen Initiativen der Regierung zu lähmen, die eine negative Reaktion von den vielen überzeugten oder latenten Gegnern der Union unter den Wählern fürchtete. Schließlich fand die Wahl am 21. September 1994 statt und belegte, daß die Zweifel wohl begründet waren.

Von den vier Koalitionsparteien verloren die Sozialdemokraten 7 Mandate und die Anzahl ihrer Sitze reduzierte sich auf 69 von insgesamt 179. Die Zentrumsdemokraten verloren die Hälfte der Sitze, die christliche Volkspartei scheiterte, und nur die Radikalliberalen gewannen ein Mandat. Die Gewinner der Wahlen waren eindeutig die Liberalen unter der Führung des früheren Außenministers Ellemann Jensen. Auf der Basis einer soliden pro-europäischen Kampagne stieg die Anzahl ihrer Mandate von 29 auf 42.

Die Sozialdemokraten hielten zusammen mit den zwei verbleibenden Koalitionsmitgliedern erfolgreich die Regierungsmacht, nun aber in der traditionellen dänischen Situation einer Minderheitsregierung.

Für die Stabilität und Flexibilität der dänischen EU-Politik war das bedeutendste Ergebnis der Wahl jedoch, daß eine neue Partei, die Unity Partie, 6 Sitze erreichte. Diese Partei besteht aus einem Zusammenschluß früherer linker Splitterparteien sowie der früheren kommunistischen Partei, und sie wurde offensichtlich auf der Basis der Wähler-Unzufriedenheit mit der EU-Politik der Parteien des Nationalen Kompromisses in das Parlament hineingewählt. Die meisten Kommentatoren sagten voraus, daß die sozialistische Volkspartei eventuell ihrer Unterstützung dem Nationalen Kompromiß entsagen müßte, um ihren linken Flügel zu schützen. Bezeichnenderweise machte die sozialistische Volkspartei nur drei Tage nach der Wahl ihre Überzeugung klar, daß die Sozialdemokraten kein Ergebnis für die Regierungskonferenz 1996 den Wählern vorlegen können, ohne dazu die volle Unterstützung durch die sozialistische Volkspartei zu erhalten.

## Anmerkungen

Übersetzt aus dem Englischen von Pia Trutwin, Forschungsgruppe Europa, Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft, Ludwig-Maximilians-Universität München.

- 1 Umfrage des Gallup Instituts, in: Berlingske Tidende v. 29. 5. 1994.
- 2 „Enlargement of the EU to the North and to the East“, Rede des dänischen Außenministers, Niels Helveg Petersen, am Institute of European Affairs in Dublin v. 28. 10. 1994.
- 3 Umfrage des Gallup Instituts, in: Berlingske Tidende v. 4. 12. 1994.
- 4 S. The Danish Commission on Security and Disarmament: Danish and European Security,

Kopenhagen 1995, S. 300 ff. (mit einer englischen Zusammenfassung).

- 5 Umfrage von Harris Research, in: Berlingske Tidende v. 2. 6. 1994.
- 6 Friis, Lykke: Tyskland og Visegradlandene, in: Petersen, Nikolaj/Thune, Christian (Hrsg.): Dansk Udenrigspolitisk Årbog 1994, Kopenhagen 1994.
- 7 Vgl. hierzu Anm. 2.
- 8 Helveg Petersen, Niels: Why some can't be more equal, in: The European v. 9. 9. 1994.
- 9 Vgl. den Artikel des Sprechers für Auswärtige Angelegenheiten, Gert Petersen, in: Information v. 17. 9. 1994.

## Weiterführende Literatur

Beukel, Erik/Klausen, K. K.: Danish Research on the EC, in: European Journal of Political Research 4 (1994), S. 519–526.

Due-Nielsen, C./Petersen, Nikolaj (Hrsg.): Adaption and Activism. The Foreign Policy of Denmark 1967–1993, Kopenhagen 1995.

Kaiser, Annegret: Dänemark und die Europäi-

sche Politische Union (1972–1993). Innenpolitische Kontroversen vom Beitritt bis zum Vertrag von Maastricht, AFES-PRESS Report Nr. 53, Mosbach 1994.

Petersen, Nikolaj/Thune, Christian (Hrsg.): Dansk Udenrigspolitisk Årbog 1994, Kopenhagen 1995.